

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Verbindung von Stimmabgabe und politischer Willensbildung .	1
II. Elektronische Wahlhilfen und ihr Potenzial	2
1. Gegenwärtiges Angebot von Wahlhilfen	2
2. Begriff der «Wahlhilfe»	4
3. Potenzial von Wahlhilfen	4
III. Rechtliche Fragestellungen und Vorgehen	5
1. Wahl- und Abstimmungsfreiheit	5
2. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien	6
3. Bedarf nach staatlicher Regulierung	6
4. Vorgehen	7
B. Die Wahl des StudentInnenrats der Universität Bern von 2005 .	8
I. Prozessgeschichte	8
1. Sachverhalt	8
2. Beschwerden	9
II. Beschwerdeentscheide	11
1. Frage der fehlenden gesetzlichen Grundlage	11
2. Frage der Verletzung des Rechts auf freie Willensbildung ..	12
3. Frage der Verletzung der Chancengleichheit	12
4. Frage der Vereinbarkeit mit dem Proporz	13
III. Quintessenzen aus dem Beschwerdeverfahren	13
C. Beurteilung im Lichte der Wahl- und Abstimmungsfreiheit	15
I. Schutz vor unzulässiger Einflussnahme durch Private	15
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	15
a. Kriterien des Bundesgerichts	15
b. Präzisierungen	16
2. Gezielte Verfälschung der Willensbildung?	17
a. Manipulationsgefahren	17
b. Einseitige Beeinflussung der Willensbildung	18
c. Transparenz von Wahlhilfen	19
3. Systembedingte Verfälschung der Willensbildung?	19
a. Gestaltungsspielräume bei der Konzeption einer Wahlhilfe	20
b. Vergleich mit der Willensbildung im Normalfall	22
c. Verfälschung der Willensbildung bei mangelhafter Qualität	23

II. Schutz vor unzulässiger Einflussnahme durch den Staat	24
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	24
a. Staatliche Einflussnahme vor Abstimmungen	25
b. Staatliche Einflussnahme vor Wahlen	26
2. Zurechenbarkeit von Wahlhilfen zum Staat	28
a. Mittelbare Eingriffe in die Wahl- und Abstimmungsfreiheit	28
b. Verknüpfung mit dem Vote électronique und andere Förderungsmassnahmen	29
c. Staatliche Bewilligung von Wahlhilfen	30
3. Politische Neutralität und hohe Qualität von Wahlhilfen	31
a. Unabhängigkeit der Wahlhilfe	32
b. Gleichbehandlung von Wahlhilfen	33
c. Chancengleichheit der Kandidaten	33
d. Hohe Anforderungen an die Qualität	34
D. Spannungsverhältnis zwischen Wahlhilfen und Parteien	35
I. Funktion der Parteien im Wahlverfahren (Proporz)	35
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	35
a. Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes	35
b. Proporz	36
2. Vereinbarkeit von Wahlhilfen mit dem Proporz?	37
a. Zulässigkeit von freien Wahllisten und Panaschieren	37
b. Faktische Aushebelung des Proporzes	37
3. Rechtliche Konsequenzen für Wahlhilfen	39
a. Prohibitive Massnahmen gegen Wahlhilfen?	40
b. Verzicht auf Förderungsmassnahmen	41
II. Funktion der Parteien im Parlament (Fraktionen)	42
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	42
a. Fraktionen	43
b. Verfassung und politische Repräsentation	43
2. Gefährdung des Parlamentsbetriebs durch Wahlhilfen?	46
a. Bedeutungsverlust von Fraktionen	46
b. Auswirkungen auf die Qualität der Abgeordneten	47
3. Auswirkungen von Wahlhilfen auf die politische Repräsentation	48
a. Verschiebung zum republikanischen Repräsentations- modell	49
b. Auswirkungen auf die Responsivität der Institutionen	49
c. Wahlhilfen und politisches Monitoring	51

E. Fragen staatlicher Regulierung	52
I. Bekämpfung von Missbräuchen	52
1. Varianten staatlicher Regulierung	52
a. Bestehende Interventionsmittel	52
b. Mögliche Interventionsmittel	53
c. Intervention ohne gesetzliche Grundlage?	54
2. Verhältnismässigkeit staatlicher Regulierung	55
a. Betroffene Rechtsgüter	55
b. Eignung einzelner Interventionsmittel	56
c. Notwendigkeit einzelner Interventionsmittel	57
d. Zumutbarkeit einzelner Interventionsmittel	58
II. Förderung von Wahlhilfen	60
1. Varianten staatlicher Regulierung	60
a. Mögliche Förderungsmittel	61
b. Förderung ohne gesetzliche Grundlage?	61
2. Verhältnismässigkeit staatlicher Regulierung	62
a. Betroffene Rechtsgüter	62
b. Eignung einzelner Förderungsmittel	64
c. Notwendigkeit einzelner Förderungsmittel	64
d. Zumutbarkeit einzelner Förderungsmittel	65
F. Schlussbetrachtung	67
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	67
1. Beurteilung im Lichte der Wahl- und Abstimmungs- freiheit	67
2. Spannungsverhältnis zwischen Wahlhilfen und Parteien	68
3. Fragen staatlicher Regulierung	69
II. Ausblick	70
Literaturverzeichnis	73